

Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag – Gefahr oder politische Herausforderung für die Demokraten?

Rede anlässlich der Tage der Demokratie in Zwickau

Johannes Lichdi
Mitglied des Sächsischen Landtages

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351 / 493 48 40
Telefax: 0351 / 493 48 09

johannes.lichdi@slt.sachsen.de

Dresden, den 8. Juni 2005

Die NPD ist die im Augenblick erfolgreichste rechtsextremistische Partei in Deutschland. Sie stellt sich selbst in die geschichtliche Nachfolge der NSDAP. Ihr Parteivorsitzender Voigt nennt Hitler einen „großen Staatsmann“ und möchte auf den Stelen des Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin die „Neue Reichskanzlei“ errichten. Die Abgeordneten der NPD haben sich im Sächsischen Landtag zu keinem Zeitpunkt von den Greueltaten und politischen Ansätzen der NSDAP distanziert. Das Weltbild der NPD ist eindeutig rechtsradikal oder rechtsextremistisch: Es ist völkisch-autoritär, rassistisch und antisemitisch, nationalistisch und revisionistisch. Daher ist die NPD zu Recht als Neo-Nationalsozialisten zu bezeichnen.

Schon allein dieser Umstand verbietet jedes irgendwie geartete Paktieren mit der NPD. Wer die Verbrechen des Naziregimes, die Abschaffung der Demokratie in Deutschland, die Verfolgung und Ermordung von Kommunisten, Sozialdemokraten, Konservativen und Christen übergeht, wer die willentliche Führung eines Eroberungs- und Vernichtungskrieges mit über 55 Mio. Toten in Europa als „aufgezwungen“ rechtfertigt und wer schließlich die Völkermorde an Juden, Sinti und Roma und den osteuropäischen Völkern leugnet und klein rechnet, der zeigt seine eigene moralisch-charakterliche Verkommenheit. Jeder, der diese Partei wählt, muss sich vorhalten lassen, dass er sich mit den schlimmsten Verbrechern gemein gemacht hat.

I. Politische Herausforderung durch die NPD

1. Alarmsignal

Diese Feststellungen entheben uns aber nicht von weiteren Überlegungen. Der Wahlerfolg der Neonazis ist jedenfalls ein Alarmsignal für alle Demokratinnen und Demokraten. Offensichtlich gibt es einen erheblichen Anteil der Bevölkerung, die allen demokratischen Parteien die Lösung gesellschaftlicher Probleme nicht zutraut. Das Erschreckende ist, dass dieser Vertrauensverlust die Menschen sogar zur Wahl von Parteien veranlasst, die sich selbst eindeutig außerhalb der Werte von Menschenrechten und Demokratie stellen. Entweder kennen die Menschen die demokratischen Werte nicht, oder diese sind ihnen egal oder aber sie lehnen sie bewusst ab, weil sie eine „Volksgemeinschaft“ nach deutsch-völkischen Prinzipien für das überlegene politische System halten.

2. Politische Herausforderung für die Demokratie

Der Wahlerfolg der NPD ist damit auch eine eminent politische Herausforderung, weil er die politische Systemfrage aufwirft. Natürlich disqualifizieren sich die Neonazis allein schon durch

ihre offene Anknüpfung an das „Dritte Reich“. Der Verweis auf die moralische Inkompetenz der NPD reicht aber nicht, wenn manche Wähler offenbar kein Problem mit Faschismus und Nationalsozialismus haben.

Es muss daran erinnert werden: Der Faschismus und der Nationalsozialismus als völkermörderisch übersteigter Faschismus war bis 1945 für viele Menschen nicht nur in Deutschland eine ernstzunehmende politische Alternative. Wir müssen dies wieder begreifen, um tatsächlich die nötige Grundsatzauseinandersetzung führen zu können. Dies sollte eigentlich leicht fallen, da wohl keine Diktatur in der Weltgeschichte so offensichtlich, so vollständig und so katastrophal gescheitert ist wie der Nationalsozialismus.

II. Wahlen und Wahlerfolge

1. Schwerpunktbildung in Sachsen

Die NPD ist keineswegs aus dem Nichts vom Himmel gefallen. Sie kann auf etwa 1000 Mitglieder und 400 Mitglieder der Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ aufbauen. Die NPD hat Sachsen seit fast 10 Jahren systematisch zu ihren Schwerpunkt ausgebaut. Sie hat den Sitz ihrer Parteizeitung, der sog. „Deutschen Stimme“ von Bayern nach Riesa verlegt. Drei Abgeordnete der NPD im sächsischen Landtag waren als Redakteure oder Angestellte bei der Zeitung beschäftigt. Die Schwerpunktbildung zeigte schon 1999 und bei den Kommunalwahlen 2004 Erfolge - vor allem in der Sächsischen Schweiz, im Muldentalkreis, in Meißen und Riesa. Die NPD erreichte in 148 der 513 sächsischen Gemeinden mehr als 5%. Sie verfügt nun über 45 kommunale Mandate. Nicht zu vergessen ist aber auch der Erfolg der „Republikaner“ in Chemnitz mit über 10%.

2. Wählerwanderungen zur NPD bei der Landtagswahl 2004

Im Folgenden trage ich einige Zahlen zur Analyse der sächsischen Landtagswahl 2004 zusammen, die im März 2005 vom Wahlforschungsinstitut infratest-DIMAP vorgelegt wurden. Die Zahlen können allenfalls erste Hinweise geben. Wünschenswert wären vertiefte soziologische Analysen über die Ursachen des Wählerzuspruchs für die NPD.

Die NPD hat bei der Landtagswahl im September 2004 191.000 Stimmen oder 9,2% der Zweitstimmen gewonnen. Sie ist damit auf Anhieb hinter CDU und PDS, und nur knapp hinter der SPD, zur viertstärksten Fraktion im Sächsischen Landtag geworden. Sie stellt eine Fraktion mit 12 Abgeordneten. Dagegen stellt die FDP-Fraktion 7 Mitglieder und die bündnisgrüne Fraktion 6 Mitglieder.

3. Woher kamen die Wähler der NPD?

1999 hatten lediglich 19.000 Personen die NPD gewählt. Die NPD zog 2004 ihre Wähler vor allem aus dem Bereich der Nichtwähler: Insgesamt 70.000 Menschen. Auch 28.000 Erstwähler vertrauten der NPD. Die Partei zog 40.000 von der CDU und immerhin noch 11.000 Stimmen von der PDS zu sich herüber.

Sehr bemerkenswert: zwischen NPD und Grünen gibt es überhaupt keinen Wähleraustausch. Wir BündnisGrüne sind tatsächlich die „kulturelle Kampfansage“ an die NPD, wie unsere Fraktionsvorsitzende im Landtag, Antje Hermenau, schon am Wahlabend gesagt hat.

4. Welche Gruppen haben die NPD gewählt?

Die Wähler der NPD sind männlich und jung. Ein Viertel der Männer zwischen 18 und 24 Jahren haben die Rechtsextremisten gewählt, aber nur 3 % der über 60-jährigen Männer und Frauen. Die Wählerschaft nimmt in den Jahrganggruppen mit zunehmendem Alter kontinuierlich ab. Dennoch ist bemerkenswert, dass die NPD die höchsten Zuwächse bei den mittleren Jahrgängen erzielte.

5. War der Wahlerfolg der NPD einer einmaligen Sondersituation geschuldet?

Das Meinungsforschungsinstitut EMNID führt halbjährlich im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei ausführliche Befragungen der Sächsischen Bevölkerung durch. Beunruhigenderweise prognostiziert EMNID bei der „Sonntagsfrage“ im Januar 2005 für die NPD wieder einen Wähleranteil von 9%.

Der Anteil der Wählerinnen und Wähler, die sich unter Umständen vorstellen könnten, NPD zu wählen, liegt sogar bei 15%. Tröstlich: 77% der Sachsen können sich auf keinen Fall vorstellen,

jemals die NPD zu wählen. Diese Prognose liegt allerdings vor dem klaren Scheitern der NPD bei den Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Auch bei den OB-Wahlen in Leipzig und Görlitz ist die NPD klar gescheitert. Daher erwarte ich auch keine Erfolge der NPD bei der anstehenden Bundestagswahl.

Dennoch: Die NPD schöpft ihr Potential keineswegs vollständig aus. Es hilft nicht die Augen davor zu verschließen, dass die Parolen der NPD in weiten Kreisen der Bevölkerung auf Zustimmung stoßen. Dies gilt gerade auch für ihre aggressive Ausländerfeindlichkeit: Schon im Jahr 2000 hat eine Umfrage der Dresdner Neuesten Nachrichten eine offen aggressive Ausländerfeindlichkeit in weiten Kreisen der Bevölkerung offenbart: 5% der Befragten bekunden offen Verständnis für tätliche Angriffe auf Ausländer. 31% meinen: „Gewalt lehne ich zwar ab, aber in Sachsen leben zu viele Ausländer“. 34% glauben, dass Ausländer an Übergriffen auf sie „zum Teil selbst schuld“ seien.

III. Die Landtagswahl als Protestwahl?

1. Die Protestwahlthese

Obwohl die NPD seit 1999 Wahlerfolge in Sachsen erzielt, obwohl sie sich bei den Kommunalwahlen 2004 gerade in ihren Hochburgen weiter verbessert hat, obwohl sie im Januar 2005 immer noch bei 9% steht und obwohl sie ihr Wählerpotential nicht ausschöpft, sieht die vorherrschende Meinung in Politik und Medien die Landtagswahlerfolge der NPD als Folge einer „Protestwahl“ an.

Die Debatte um die Einführung von Hartz IV, die allgemeine Verunsicherung über die soziale Lage, die allgemein als aussichtslos empfundene wirtschaftliche Situation sowie die Angst um den Arbeitsplatz seit der EU-Osterweiterung hätten die Wählerinnen und Wähler zur Stimmabgabe zugunsten der NPD getrieben. Überall in Sachsen sei das Plakat „Grenzen dicht für Lohndrücker“ wirksam gewesen.

Tatsächlich gaben 57% der Wählerinnen und Wähler der NPD an, das Thema „Hartz IV und Arbeitsmarktpolitik“ sei maßgeblich für ihre Wahlentscheidung gewesen. Das klassische Thema der Rechtsextremisten, nämlich Ausländerfeindlichkeit - in der Wählerabfrage verschämt „Ausländerpolitik“ genannt - lag dagegen erst an zweiter Stelle mit 38%. Andererseits haben die Arbeitslosen keineswegs alle NPD gewählt. 36% stimmten für die PDS, 23% für die CDU und „nur“ 18% für die NPD. Die NPD war also nicht die erste Wahl der Arbeitslosen.

Bezeichnend für die Protestwahlthese ist die Stellungnahme des sächsischen Innenminister Thomas de Maiziére, der in einem Vortrag am 26 April an der TU Dresden ausführte:

„Die NPD hat den weit verbreiteten Unmut über bundesweite Sozial- und Arbeitsmarktreformen aufgegriffen und diese vor dem Hintergrund mangelnder Sachkenntnis der beschlossenen Gesetze demagogisch instrumentalisiert. Sie hat versucht, sich mit unverfänglichen Themen bei Protestwählern interessant zu machen.“

Für de Maiziére liegt das Erfolgsgeheimnis der NPD gerade darin, ihre wahren Absichten verschwiegen zu haben - Zitat:

„Dennoch, der Erfolg der NPD ist nur möglich gewesen, weil es ihr gelungen ist, ihre sonst üblichen aggressiven und verfassungsfeindlichen Zielsetzungen zu verschweigen. Die NPD wurde nicht in erster Linie als rechtsextremistische Partei gewählt, sondern als populistische Protestpartei.“

Schön wär`s! - Ich möchte nicht bestreiten, dass viele Wählerinnen und Wähler erbost über Hartz IV sind und sich berechnete Sorgen über ihre wirtschaftliche Zukunft machen. Ich bestreite auch nicht die Einschätzung des Innenministers, dass die NPD bei ihrer Wahlkampagne bewusst ihre wahren Ziele verschleierte. Dennoch halte ich die Protestwahlthese für sachlich falsch und für politisch verhängnisvoll, weil sie Entwarnung signalisiert, wo Alarm angebracht wäre.

2. Wahlerfolge und Wahlforschung

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass rechtsextremistische Parteien 1999 und 2004 bei den Europawahlen und Kommunalwahlen zusammen bereits deutlich über 5% erzielt hatten. Die 3 bis 4 zusätzlichen Prozentpunkte mögen dann tatsächlich auf die aufgeheizte Anti-Hartz-Stimmung zurückzuführen sein. Aber dennoch sagen alle Zahlen, dass es unabhängig von Hartz IV Einstellungen und Ansichten der Bevölkerung bis zu 15% und mehr gibt, die für das

rassistische Kerngedankengut der NPD empfänglich ist. Die Wahlforscher Arzheimer, Schoen und Falter haben über den Zusammenhang zwischen Protest und Einstellungen bereits im Jahr 2000 folgendes formuliert:

„Zusammengenommen haben wir in der empirischen Analyse nachgewiesen, dass das Gefühl ökonomischer Benachteiligung Unzufriedenheit mit dem Verhalten des politischen Personals und das Vorliegen eines rechtsextremen Einstellungsgebäudes unabhängig voneinander die Bereitschaft, für eine Partei am rechten Rand des politischen Spektrums zu votieren, beträchtlich fördern. Zugleich ist deutlich geworden, dass erst das Zusammenspiel dieser Faktoren, die Wahrscheinlichkeit der Rechtswahl auf dramatische Weise anwachsen lässt.“

Und die Wahlforscher fügen hinzu: „Das Bild in den neuen Bundesländern weicht von dieser Skizze insofern ab, als hier rechtsextremen Orientierungen ein tendenziell größeres Gewicht zukommt.“

3. Folgen der Protestwahlthese

Alle fordern eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der NPD - zu Recht! Dies bedeutet aber nicht nur die Auseinandersetzung mit den Reden der 12 NPD-Abgeordneten im Landtag, sondern auch die offene Debatte und Kritik über fremdenfeindliche und autoritäre Einstellungsmuster mancher Wählerschichten. Zugespitzt formuliert: Nicht die 12 Abgeordneten im Sächsischen Landtag sind das Problem, sondern die Einstellungen ihrer Wählerinnen und Wähler, die sie in den Landtag getragen haben!

Wer einen NPD-Wähler für einen „Protestwähler“ hält, der bescheinigt diesem, dass er geradezu versehentlich die NPD gewählt habe, weil er von ihr getäuscht worden sei. Wer der Protestwahlthese folgt, kann sich auf die Entlarvung der Täuschung beschränken, muss sich aber nicht mit der Gedankenwelt des „Protestwählers“ befassen. Die geistigen Grundlagen der Neigung, rechtsextremistisch zu wählen, bleiben so verdrängt und unbearbeitet.

4. „Verankerungsthese“

Daher erscheint es mir sachlich richtiger und im Sinne einer Annahme der politischen Herausforderung durch die NPD sinnvoller, die Protestwahlthese nicht in den Vordergrund der Analyse zu stellen, sondern ein Phänomen, dass man die „Verankerungsthese“ nennen könnte.

Damit soll die von vielen geteilte Beobachtung bezeichnet werden, dass es seit langem Einstellungsmuster in der Bevölkerung gibt, die diese unter bestimmten Umständen zur Wahl einer rechtsextremen Partei überzeugen. Die Wahlentscheidung erfolgt nicht aufgrund Täuschung oder zufällig, sondern weil die rechtsextreme Partei genau das vertritt, was der entsprechende Wähler will. Damit möchte ich nicht behaupten, dass die als Wählerpotenzial bezeichneten 15% der Bevölkerung ein geschlossenes nationalistisches, rassistisch-antisemitisches und autoritäres Weltbild haben. Doch Teile davon sind durchaus vorhanden.

Die „Verankerungsthese“ öffnet daher den Blick auf den - schlechten - Zustand der demokratischen Kultur allgemein. „Demokratische Kultur“ bezeichnet einen Gesellschaftszustand, der von tatsächlicher Gleichheit aller Menschen, ihrer Freiheit und wechselseitigen Toleranz gekennzeichnet ist. Es ist Aufgabe der Politik, diese demokratische Kultur zu fördern.

Daher bin ich sehr froh, dass die neue Koalitionsregierung in Sachsen im Doppelhaushalt 2005 / 2006 ein Landesprogramm für Weltoffenheit und Toleranz mit einem Volumen von 2 Mio € aufgelegt hat. Damit können nun endlich die zivilgesellschaftlichen Initiativen finanziert werden, die seit 2000 von der Bundesregierung über das Civitas-Programm unterstützt wurden. Daher ist es geradezu tragisch, dass bei einem Regierungswechsel zur CDU im September 2005 das Civitas-Programm gerade in dem Moment gestrichen würde, in dem sich Sachsen endlich zu seiner Verantwortung bekennt.

IV. Zur Ideologie der NPD

In der Politikwissenschaft wird rechtsextremistisches Denken als Gedankengebäude aus Nationalismus und Revisionismus, aus völkischem und autoritärem Denken sowie aus Rassismus und Antisemitismus definiert.

1. Die „Dresdner Schule“

Einen Eindruck von der Sprach- und Gedankenwelt der NPD gibt die Erklärung des Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel vom „Wesen und Wollen der Dresdner Schule“ vom 3. Mai 2005. Zeitgleich kündigt der „Leiter des parlamentarischen Beratungsdienstes“, Karl Richter, den - Zitat - „Konsens der Demokraten“ auf und meldet gegen diesen 6 Widersprüche der sog. „Dresdner Schule“ an.

Wenn Sie von einer „Dresdner Schule“ noch nichts gehört haben, ist das nicht schlimm. Denn nur Gansel und Richter erklären sich selbst zu einer „Schule“ im akademischen Sinn. Sie halten sich selbst für die intellektuelle Speerspitze nicht nur der Rechten, sondern ganz Deutschlands. Ja, sie entblöden sich in einem akuten Anfall von Größenwahn nicht einmal, sich selbst zum Kontrapunkt und Gegenstück der sog. „Frankfurter Schule“ um Horkheimer und Adorno zu erklären. Deshalb nennen sie sich „Dresdner Schule“.

Die Selbstbeschreibung dieser Dresdner Schule schwankt dann endgültig ins Groteske ab. Ich zitiere:

„Um die Landtagsfraktion der sächsischen Nationaldemokraten herum ist ein Personengeflecht entstanden, das gleichermaßen von jugendlichem Idealismus, sprühendem Geist und fundamentalem politischem Veränderungswillen getragen wird.“

Es sei etwas „im Entstehen begriffen, dem die geistlos, korrupt und feige gewordenen Nachkommen der Frankfurter Schule nicht gewachsen sind: der organisierten Intelligenz einer selbstbewußten deutschen Nation“.

Wer sich selbst „jugendlichen Idealismus“ und „sprühenden Geist“ attestiert, hat wohl ein gestörtes Selbstwertgefühl. Wer sich selbst zur „organisierten Intelligenz der deutschen Nation“ hochredet, macht sich einfach nur lächerlich.

Um dem absurden Theater die Krone aufzusetzen, hat der Abgeordnete Gansel als Ausweis seiner Kompetenz der Öffentlichkeit per Pressemitteilung seine Abschlussnote im Studienfach „Geschichte“ mitgeteilt. Nun sind wir um die Erkenntnis reicher, das die Uni Giessen den Chefideologen der NPD-Fraktion mit der Note 1,6 entlassen hat.

2. Die „Volksgemeinschaft“

Im Mittelpunkt des rassistischen Denkens der NPD steht die sogenannte „Volksgemeinschaft“. Sie setzt sich nur aus „blutmäßigen“ Deutschen zusammen. Die Nazis gehen davon aus, dass es so etwas wie eine ethnisch homogene deutsche „Abstammungsgemeinschaft“ gebe. Dies ist natürlich historischer Schwachsinn. Dennoch ist es Ziel der NPD, die „Abstammungsgemeinschaft“ zu erhalten und zu fördern, weil - Zitat - sich eine „ethnisch homogene Gesellschaftskörper mit relativ geringem Ausländeranteil“ als „krisenresistenter und belastungsfähiger erweisen“ würde.

Aus der „Volksgemeinschaft“ geht auf nicht näher ausgeführte Weise eine „Elite“ hervor, die zur Führung des Volkes berufen sei. Die NPD tritt - so wörtlich“ - für ein „wert- und leistungsorientiertes Führungsmodell“ ein.

Wahre „Volksherrschaft“ im Gegensatz zur „Bevölkerungsherrschaft, die jetzt stattfindet, herrsche dann, wenn die Elite die Volksgemeinschaft im wahren Interesse der Volksgemeinschaft führe. Politische Legitimation entsteht nach Ansicht der NPD also nicht aus freien und gleichen Wahlen aller Menschen, sondern aus der Kenntnis der wahren Bestimmung der „Volksgemeinschaft“. Der Sektencharakter der NPD zeigt sich schon darin, dass sie sich offensichtlich selbst für diese zur Herrschaft berufene Elite hält.

Die Attraktivität dieser Halluzination von einer „Volksgemeinschaft“ bei einigen Kurzdenkenden rührt offenbar aus dem Versprechen einer harmonischen und konfliktfreien Gesellschaftsordnung her, in der jeder seinen Platz - auch seinen Arbeitsplatz - findet. Sie ist anknüpfungsfähig an konservative Vorstellungen einer wertemässig gefestigten Ordnung, die sich aus der Familie als „Keimzelle der Gesellschaft“ aufbaut, wie gern gesagt wird.

3. Genetische Mitgift und Menschenbild

Karl Richter erkennt den tatsächlichen Angelpunkt der Verschiedenheit demokratischen und rassistischen Denkens. Er bekennt sich offen zum Rassismus, indem er das „egalitär-behaviouristische Welt- und Menschenbild“ ablehnt. Er schreibt: „Menschliche Identität gründet

im wesentlichen auf der genetischen Mitgift“. Dies sei mittlerweile wissenschaftlich nachgewiesen.

Kennzeichnend für rassistisches Denken ist die Ableitung politischer Einschätzungen und Forderungen aus angeblichen biologischen Gegebenheiten. Zwar hat die Entschlüsselung des menschlichen Erbguts und die Gentechnik in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Dennoch ist ein Schluss von biologischen Dispositionen auf menschliches Verhalten wissenschaftlicher Nonsens.

Der Mensch kann über seine Handlungen frei entscheiden und ist verantwortlich für seine Handlungen. Aber hinter dem rassistischen Bild von der „Abstammungsgemeinschaft“ steht die Absage an den Selbstformungswillen und Entwicklungsfähigkeit des Einzelnen. Der Einzelne ist nach dieser Ansicht seiner „genetischen Mitgift“ ausgeliefert, die ihn in seiner Identität festhält - ohne jede Chance der Veränderung. Die menschliche Gesellschaft ist aber kein Zoo, deren Abläufe von unbewussten Instinkten der Menschen gesteuert werden.

V. Verhalten der NPD im Landtag und Reaktion

Zum Ende hin möchte ich etwas zum Auftreten der NPD im Landtag und der Reaktion der demokratischen Abgeordneten sagen. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Prof. Weiss, hat den NPD-Abgeordneten eine „ekelhafte Intelligenz“ zugesprochen. Damit hat Prof. Weiss den NPD-Abgeordneten aber eindeutig zu viel der Ehre getan. In den Ausschüssen ist regelmäßig kein Ton von der NPD zu vernehmen. Sie verzichtet im Plenum regelmäßig auf Redebeiträge, weil sie dazu wohl nicht in der Lage ist. Ihre Anträge sind bestenfalls von schlichtem populistischem Zuschnitt, wenn sie nicht eindeutig rechtsextremistische Ideologie transportieren.

Dennoch malen die Medien ein Bild, als ob die demokratischen Abgeordneten unfähig wären, sich mit der NPD auseinanderzusetzen. Sie würden kneifen und den Saal verlassen. Ein Widerspruch zur NPD finde nicht statt.

Ich begehe jetzt die Todsünde eines Politikers: Ich kritisiere die Medien! - Das Bild, dass die Medien zeichnen ist schlichtweg falsch und ich gebe zu, dass ich mich darüber ärgere. Alle demokratischen Fraktionen antworten regelmäßig auf Ausfälle der NPD-Abgeordneten. Kein rassistischer Unsinn bleibt unwidersprochen. Der Landtag hat sich in großen Debatten am 21. Januar, zum 13. Februar und zur Gedenkstunde am 8. Mai mehrfach und grundsätzlich von der NPD distanziert. Leider erscheint dies den Medien weniger berichtenswert als die vermeintliche Überlegenheit der NPD-Fraktionäre und die Unfähigkeit der Demokraten.

Dies geht sogar bis zur Falschberichterstattung. So wurde im Zusammenhang mit dem Eklat um den „Bomben-Holocaust“ am 21 Januar verbreitet nur berichtet, dass der Präsident des Landtags der Opfer des Nationalsozialismus in den Vernichtungslagern gedenken wollte. Unterschlagen wurde dabei, dass der Präsident ausdrücklich auch die Opfer der Bombardierungen sächsischer Städte einbezogen hat. Die NPD hat also mit ihrem Auszug nicht nur das Gedenken an die Opfer der KZ verweigert, sondern auch das Gedenken an die Opfer von Dresden und anderer sächsischer Städte.

Schluss

Die NPD ist zwar demokratisch gewählt, aber keine Partei, die den Verfassungsrahmen anerkennt, der auf der Anerkennung der Menschen- und Bürgerrechte, dem Mehrparteienprinzip, dem Recht auf Opposition und freien, gleichen und geheimen Wahlen beruht. Die NPD ist nicht nur eine populistische Variante innerhalb der Demokratie, sondern sie will die Demokratie abschaffen.

Eigentlich führen wir keine Debatte über die NPD, sondern über den Zustand unserer Demokratie in Sachsen, Deutschland und Europa. Demokratie ist nicht das, was nach dem Scheitern der Großideologien des Kommunismus und des Faschismus / Nationalsozialismus als inhaltsleere Hülle übrig geblieben ist, sondern selbst eine Werteordnung mit geistigen Grundlagen. Wir haben über die Kraft unseres eigenen Demokratieverständnisses zu reden. Wir müssen überlegen, wie wir unsere Demokratie verständlicher, vitaler und attraktiver machen können.

Man soll in der Krise die Chance sehen: Für Demokratinnen und Demokraten bedeutet die politische Herausforderung des Neo-Nationalsozialismus die Chance, uns neu über die wertemäßige Fundierung unseres Gesellschaftsideals in den Menschenrechten und der

Demokratie zu vergewissern. Nur die Demokratie geht als Gesellschaftsordnung von der Freiheit des Einzelnen aus und ermöglicht auf diese Weise sowohl echte Solidarität als auch die innovative Lösung gesellschaftlicher Probleme. Dagegen verkommen geschlossene politische Systeme ohne Freiheit des Einzelnen zwangsläufig und notwendig zu Diktaturen, verdrängen notwendige Reformen und fallen wirtschaftlich zurück.

Eine politische Selbstvergewisserung reicht aber nicht. Menschenrechte und Demokratie müssen auch die Leitsterne sein, in deren Licht Missstände der bestehenden Verhältnisse zu kritisieren und zu verändern sind. Nötig ist auch, dass sich die Demokratie sichtbar als fähig erweist, die gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Hier haben viele Zweifel. Doch umgekehrt gilt auch: Auch eine wirtschaftlich erfolgreiche Demokratie kann nicht überleben, wenn die Bürgerinnen und Bürger - und dies ist der eigentliche Sinn des Wortes „Bürger“ - die Demokratie nicht auch als für den Einzelnen und die Gesellschaft beste Gesellschaftsideal erkennen und verteidigen.

Die Stärke der NPD besteht in der Schwäche der Demokraten und der demokratischen Kultur. Die NPD ist keine Gefahr für die Demokratie, wenn die Demokraten dies nicht durch Verzagtheit und Veränderungsunwillen unterstützen. Es gilt umgekehrt: Wenn die Demokraten die Demokratie stark machen, dann werden ihre Verächter schwach. In diesem Sinne liegt es allein an uns, wie schnell die Neonationalsozialisten wieder aus den Parlamenten verschwinden.